



HESSISCHER LANDTAG

18. 03. 2025

Plenum

Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion der SPD**

Hessen ist ein sicheres Land — die Stärkung der Inneren Sicherheit zum Schutz der Hessinnen und Hessen zeigt Wirkung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag unterstreicht, dass die Sicherheit der Hessinnen und Hessen oberste Priorität hat. Er hebt hervor, dass Hessen ein sicheres Land ist und bleibt. Dies zeigt der Fallzahlenrückgang im Jahr 2024 nach dem bundesweiten Wiederanstieg der Kriminalität nach den Ausnahmejahren der Corona-Pandemie. Das Fallaufkommen ist um 2,3 Prozent von 397.512 im Jahr 2023 auf 388.226 im Jahr 2024 gesunken. Die Zahl der registrierten Straftaten pro 100.000 Einwohner (Häufigkeitszahl) ist von 6.220 im Jahr 2023 auf 6.046 im Jahr 2024 zurückgegangen. Trotz eines Rückgangs liegt die Aufklärungsquote mit 61,9 Prozent im Vergleich der Werte der Länder der letzten Jahre auf einem hohen Niveau.
2. Der Landtag verurteilt jedwede Form des Extremismus und Antisemitismus und ist über den Anstieg politisch motivierter Straftaten um knapp 30 Prozent auf mehr als 4.400 Fälle — ein Höchstwert — hoch besorgt. Extremismus jeglicher Form hat in Hessen keinen Platz. Der entschiedene Kampf gegen Extremismus und Antisemitismus ist essenziell für den Erhalt der demokratischen Grundordnung und die Wahrung des grundgesetzlich geschützten sowie wertebasierten Gemeinwesens. Hierzu tragen unter anderem Projekte der Demokratieförderung, Extremismusprävention und Deradikalisierungsarbeit bei, die in Hessen gezielt und umfassend mit dem Landesprogramm „Hessen — aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ gefördert werden. Der Landtag bekennt sich zu dieser wichtigen Säule der Extremismusprävention und wird auch künftig trotz notwendiger Konsolidierungsbedarfe im Landeshaushalt die Mittel für das Programm in der bisherigen Größenordnung in Höhe von etwa 8,8 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Dies zeigt sich in der dritten Förderperiode des Landesprogramms „Hessen — aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ von diesem Jahr bis zum Jahr 2029. Interessenbekundungen müssen bis zum 25. April 2025 beim Hessischen Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz eingehen. Angesichts des fortgesetzten Anstiegs antisemitischer Straftaten — seit dem Jahr 2022 beträgt der Anstieg rund 234 Prozent — heißt der Landtag auch den Ausbau des Einsatzes von Videoschutzanlagen an besonders gefährdeten Religionsstätten mit dem Sicherheitspaket willkommen. Der Landtag unterstreicht, dass vom Rechtsextremismus die größte Gefahr für die Demokratie und Sicherheit ausgeht. Das zeigt der Anstieg rechtsextremistisch motivierter Straftaten um knapp 60 Prozent auf mehr als 2.300 Delikte, darunter 70 Gewalttaten. Dem wird in Hessen mit einem umfassenden Ansatz aus Prävention und Repression, unter anderem im Wege der eigens gegründeten Einheit „Hessen R“, die beim Hessischen Landeskriminalamt angesiedelt ist, begegnet.
3. Der Landtag erkennt an, dass die Hessische Landesregierung wirkungsvolle Maßnahmen zur Stärkung der Inneren Sicherheit und zum Schutz der Bevölkerung umgesetzt hat. In den letzten zehn Jahren wurden die Mittel für die Innere Sicherheit um rund 60 Prozent erhöht. Hessen wird diesen erfolgreichen Weg fortsetzen. Hierfür wird hierzulande auch in Zeiten finanziell stark angespannter Haushalte weiter gezielt in die Innere Sicherheit investiert. Im Jahr 2025 stehen für die Innere Sicherheit insgesamt Rekordmittel in Höhe von 2,3 Milliarden Euro — 250 Millionen Euro mehr als im Vorjahr — zur Verfügung. Des Weiteren bekennt sich der Landtag dazu, der Polizei und den Sicherheitsbehörden die Befugnisse an die Hand zu geben, die sie angesichts der Herausforderungen für die Innere Sicherheit benötigen, um möglichst effektiv die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Das Ende letzten Jahres verabschiedete Gesetz zur Stärkung der Inneren Sicherheit in Hessen, mit dem unter anderem bundesweit als erstes die Grundlage für den Einsatz Künstlicher Intelligenz in der Videoschutztechnik und bei der Datenauswertung geschaffen wurde, unterstreicht das hessische Bekenntnis zur Inneren Sicherheit.

4. Der Landtag dankt den mittlerweile über 16.000 Polizistinnen und Polizisten sowie den mehr als 5.000 Bediensteten der hessischen Polizei für ihr tägliches Engagement für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Von der Gewährleistung der Sicherheit von Großveranstaltungen, wie in Frankfurt während der Fußball-Europameisterschaft vergangenes Jahr, bis zum alltäglichen Dienst in der Stadt und im ländlichen Raum leisten sie Herausragendes. Gerade für die Präsenz in der Fläche sind Schutzfrauen und Schutzmänner vor Ort besonders wichtig. Daher begrüßt der Hessische Landtag insbesondere die Ausweitung der KOMPASS-Sicherheitsinitiative für Kommunen (KOMmunalProgrAmm-Sicherheits-Siegel).
5. Der Landtag nimmt positiv zur Kenntnis, dass die Anstrengungen der vom Hessischen Innenministerium initiierten „Allianz Geldautomaten“ mit Banken und Kreditinstituten und die Maßnahmen der hessischen Polizei im Kampf gegen Geldautomatensprengungen erhebliche Erfolge zeigen. Die Fallzahlen sind von 61 im Jahr 2023 auf 24 Delikte im vergangenen Jahr stark zurückgegangen (minus 60 Prozent). Dadurch konnte ein deutliches Plus an Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger erzielt werden, denn Täter nehmen bei Sprengungen nicht nur hohe Schäden, sondern auch die Gefährdung von Leib und Leben von Menschen billigend in Kauf.
6. Der Landtag begrüßt die vor etwas mehr als einem Jahr gestartete Innenstadtoffensive gegen Kriminalität. In den Innenstädten von Bad Hersfeld, Biedenkopf, Darmstadt, Frankfurt, Fulda, Gießen, Hanau, Kassel, Limburg, Marburg, Offenbach, Rüsselsheim, Wiesbaden und Wetzlar verstärkt die hessische Polizei ihre Präsenz und den Kontrolldruck. Innerhalb eines Jahres wurden im Rahmen des Programms rund 63.000 Personenkontrollen durchgeführt und dabei etwa 10.100 Ordnungswidrigkeiten sowie 6.200 Straftaten festgestellt. Des Weiteren wurden 1.650 Personen festgenommen und fast 650 Haftbefehle vollstreckt. Im vergangenen Jahr sind die Fälle der Straßekriminalität erstmals seit dem Jahr 2020 um mehr als 2.000 Fälle bzw. drei Prozent gesunken. Auch im Bereich des Ladendiebstahls ging die Zahl der Straftaten um mehr als 1.300 Fälle bzw. knapp fünf Prozent zurück. Der Landtag ist zuversichtlich, dass die Innenstadtoffensive die objektive Sicherheit in hessischen Städten langfristig weiter verbessert und insbesondere das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger weiter stärkt. Dabei werden auch die seit Beginn des Jahres 2024 in den Städten Limburg, Kassel, Bad Hersfeld, Fulda und im Frankfurter Stadtteil Sachsenhausen eingerichteten Waffenverbotszonen helfen. Waffenverbotszonen sind eine Komponente für mehr Sicherheit in Innenstädten. Sie geben der Polizei und den kommunalen Ordnungsbehörden eine Grundlage für niederschwellige Kontrollen und wirken auf potentielle Täterinnen und Täter abschreckend.
7. Der Landtag ist besorgt über das weiterhin hohe Niveau an Angriffen auf die Einsatzkräfte der Blaulichtfamilie sowie über den Anstieg der Straftaten zum Nachteil von Amts- und Mandatsträgern. Polizistinnen und Polizisten, Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner und die Angehörigen der Rettungsdienste verdienen für ihre Arbeit für unsere Sicherheit und Hilfe in Notsituationen Anerkennung, Wertschätzung und einen möglichst guten Schutz. Das „Respekt-Paket für Einsatzkräfte“ leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Der Landtag begrüßt für einen besseren strafrechtlichen Schutz von Einsatzkräften auch die Bundesratsinitiative der Landesregierung und ihr Engagement für eine Erhöhung der Mindeststrafe bei Angriffen auf Einsatzkräfte der Blaulichtfamilie von sechs Monaten auf ein Jahr. Damit wäre eine abschreckende Wirkung auf potentielle Täterinnen und Täter gegeben, da jeder Angriff mit einer Haftstrafe geahndet würde. Auch wurde für einen besseren Schutz von Polizistinnen und Polizisten sowie von Angehörigen der Stadtpolizei der Einsatz von Bodycams ausgeweitet. Um Hass und Angriffen auch gegen Amts- und Mandatsträger zu begegnen, steht die Meldestelle „HessenGegenHetze“ zur Verfügung. Seit mehr als fünf Jahren können dort unkompliziert Hass und Hetze zur Bewertung und gegebenenfalls Weiterleitung an die zuständige Behörde gemeldet werden. Der Landtag begrüßt, dass ehren- und hauptamtlich politisch engagierten Menschen in Hessen für einen effektiven Schutz ein umfassendes Beratungsangebot der hessischen Polizei und eine spezielle „Gesamtkonzeption Schutz von Amts- und Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sowie Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern“ zur Verfügung steht. Sowohl Einsatzkräfte als auch Amts- und Mandatsträger verdienen Anerkennung und Wertschätzung im Hinblick auf ihren Einsatz für das Gemeinwesen.

8. Der Landtag zeigt sich angesichts des Anstiegs häuslicher Gewalt in den vergangenen Jahren äußerst besorgt. Nach einem Höchststand im Jahr 2023 wurden im vergangenen Jahr etwas weniger Fälle häuslicher Gewalt registriert, aber aufgrund des noch immer sehr hohen Niveaus hält es der Landtag für unerlässlich, dass Frauen und Mädchen besser vor Gewalt geschützt werden. Bei den erfassten Opfern häuslicher Gewalt sind mehr als 80 Prozent Frauen, wobei knapp 80 Prozent der Tatverdächtigen Männer sind. Dies und ein weiterhin existentes Dunkelfeld unterstreichen das Erfordernis der mit dem Frauensicherheitspaket der Landesregierung beschlossenen Maßnahmen. Hierzu zählen unter anderem die gestiegene Förderung und der Ausbau der Frauenhausplätze und Schutzräume, die Stärkung der Präventions- und Beratungsarbeit, die Ausweitung von Videosicherheitstechnik auf „Angsträume“, die Ausweitung der Einsatzmöglichkeiten der elektronischen Fußfessel sowie die Möglichkeit von Tarnidentitäten.
9. Der Landtag ist bestürzt über den Anstieg der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Insbesondere die Anzahl der Delikte im Bereich der Herstellung, Verbreitung, dem Erwerb und Besitz kinderpornographischer Inhalte nahm um 435 Fälle bzw. mehr als elf Prozent auf 4.371 zu. Der Landtag unterstreicht daher die Bedeutung der bereits im Jahr 2020 eingerichteten Besonderen Aufbauorganisation „FOKUS“ (Fallübergreifende Organisationsstruktur gegen Kinderpornographie und sexuellen Missbrauch von Kindern), die mittlerweile fester Bestandteil der Regelorganisation der sieben Polizeipräsidien und des Hessischen Landeskriminalamts ist. Die rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekämpfen gezielt sexuellen Kindesmissbrauch und die Verbreitung von Kinderpornographie. Ausgehend von der hessischen Bundesratsinitiative zur IP-Adressen-Speicherung muss der Bund dringend benötigte Rechtsgrundlagen für die Speicherung von Verkehrsdaten für die Ermittlerinnen und Ermittler schaffen, um ihnen die Nachverfolgung der oftmals einzigen Spur zu ermöglichen, Täter effektiv verfolgen und das Dunkelfeld weiter aufzuhellen.
10. Der Landtag stellt mit Sorge fest, dass ein Anstieg der Zahl der Straftaten nichtdeutscher Täter und der Zahl nichtdeutscher Tatverdächtiger zu verzeichnen ist, wobei es sich bei der Mehrzahl der Delikte (60 Prozent) um asylrechtliche Verstöße handelt. Der Landtag ist besorgt, dass Anschläge auf Menschenmengen, extremistische und terroristische Straftaten zu Verunsicherung und Angst der Menschen führen. Im Hinblick auf den Anteil nichtdeutscher Täter an diesen Anschlägen liegt ein Augenmerk des Landes auf der konsequenten Rückführung von ausländischen Straftätern und Gefährdern. Er begrüßt vor diesem Hintergrund, dass im vergangenen Jahr 590 Personen mit Sicherheitsbezug abgeschoben werden konnten. Um dies zu gewährleisten, hat das Land eine Erweiterung der Abschiebehafteinrichtung (AHE) in Darmstadt vorgenommen. Als Land stößt Hessen dabei allerdings immer wieder an Grenzen. Daher hält der Landtag die Ordnung und Begrenzung der Migration für mehr Sicherheit und bessere Rahmenbedingungen gemeinsam durch die EU, den Bund und die Länder für erleichterte Rückführungen für unerlässlich. Weitere Abkommen mit Herkunftsstaaten zur Zurücknahme ihrer Staatsangehörigen sind erforderlich. Des Weiteren ist die Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten durch den Bund zu prüfen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 18. März 2025

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert